

Der Ministerpräsident des Landes  
Baden-Württemberg



Baden-Württemberg  
STAATSMINISTERIUM

Der Präsident des Baden-Württembergischen  
Industrie- und Handelskammertags



Baden-Württembergischer  
Industrie- und Handelskammertag

Der Finanz- und Wirtschaftsminister  
des Landes Baden-Württemberg



Baden-Württemberg  
MINISTERIUM FÜR FINANZEN UND WIRTSCHAFT

Der Präsident des Baden-Württembergischen  
Handwerkstags



Handwerk in  
Baden-Württemberg

Die Kultusministerin des Landes  
Baden-Württemberg



Baden-Württemberg  
MINISTERIUM FÜR KULTUS, JUGEND UND SPORT

Der Präsident der Landesvereinigung  
Baden-Württembergischer Arbeitgeberverbände



Arbeitgeber  
Baden-Württemberg

Landesvereinigung Baden-Württembergischer Arbeitgeberverbände e.V.

**Vereinbarung über die Weiterentwicklung von  
Bildungspartnerschaften zwischen Schulen und  
Unternehmen in Baden-Württemberg  
vom 29. März 2012**

## 1. Präambel

Um alle Schülerinnen und Schüler Baden-Württembergs optimal auf den Übergang in das Berufsleben vorzubereiten, bleibt es für die Partner aus Schule und Wirtschaft ein zentrales Anliegen, ihre Zusammenarbeit weiter zu intensivieren. Schwerpunkt der gemeinsamen Arbeit sind dabei der Ausbau, die Sicherung und die Weiterentwicklung von Bildungspartnerschaften zwischen Schulen und Unternehmen.

Bildungspartnerschaften ermöglichen vielfältige Formen der Zusammenarbeit. An unterschiedlichen Lernorten und in Begegnungen mit der Berufspraxis werden die fachlichen und überfachlichen Kompetenzen der Schülerinnen und Schüler gefördert. Bildungspartnerschaften dienen der Berufsorientierung, der ökonomischen Bildung und stärken die Kompetenzen der Schülerinnen und Schüler im MINT-Bereich (**M**athematik-**I**nformatik-**N**aturwissenschaft-**T**echnik). Bildungspartnerschaften unterstützen die Schulen bei der Umsetzung ihrer Bildungsziele, die Schülerinnen und Schüler beim Übergang in Ausbildung oder Studium und helfen den Fachkräftebedarf der Wirtschaft zu sichern.

Jede allgemein bildende weiterführende Schule wird betriebliche Partnerschaften aufbauen, pflegen und weiterentwickeln. Die Kooperationen können auch mit einem Verbund mehrerer Unternehmen und mit berufsbildenden Institutionen eingegangen werden.

Die Landesregierung, der baden-württembergische Industrie- und Handelskammertag, der baden-württembergische Handwerkstag sowie die Landesvereinigung baden-württembergischer Arbeitgeberverbände bekräftigen hiermit, die 2008 geschlossene Vereinbarung zum Ausbau von Bildungspartnerschaften zwischen Schulen und Unternehmen. Die neuerliche Vereinbarung dient dem Ausbau, der Sicherung und der Weiterentwicklung der Kooperationen in Baden-Württemberg.

Die Vereinbarung fügt sich ein in die Ziele des Bündnisses zur Stärkung der beruflichen Ausbildung und des Fachkräftenachwuchses in Baden-Württemberg vom 20.12.2010.

## 2. Zielsetzung

Die Landesregierung und die Kammern und Verbände der Wirtschaft Baden-Württembergs sind sich einig über die Notwendigkeit der

- Stärkung der ökonomischen Bildung sowie des unternehmerischen Denken und Handelns
- Stärkung von Bildungsangeboten im MINT-Bereich
- Hilfen zur Ausbildungs-, Studien- und Berufswahl
- Unterstützung beim Übergang von der Schule in Ausbildung, Studium und Beruf
- Verbesserung der Ausbildungsreife sowie der Ausbildungs- und Studierfähigkeit der Schülerinnen und Schüler
- Errichtung und Pflege eines nachhaltigen Netzwerks

## 3. Bildungspartnerschaften

Ausgehend von den Bildungsplänen, den individuellen Bedürfnissen der Schülerinnen und Schüler sowie den Anforderungen der regionalen Wirtschaft wird jede allgemein bildende weiterführende Schule im Land langfristig angelegte Bildungspartnerschaften mit einem oder mehreren Unternehmen aufbauen und pflegen.

Die Bildungspartnerschaften bauen auf den vielfältigen und bereits existierenden Kooperationsmodellen auf und berücksichtigen bereits bestehende Strukturen, wie die der Landesarbeitsgemeinschaft *SCHULEWIRTSCHAFT* und deren regionalen Arbeitskreise sowie die regionalen und überregionalen Schule/Wirtschaft - Kooperationsnetze der Industrie- und Handelskammern und der Handwerkskammern.

Die Entwicklung und Pflege nachhaltig wirkender Bildungspartnerschaften erfordert von den Partnern aus Schule und Unternehmen ein abgestimmtes Programm der Zusammenarbeit in Form von Modulen und Projekten unter Berücksichtigung der Bildungspläne sowie der aktuell verbindlichen Verwaltungsvorschrift „Praktika zur Berufs- und Studienorientierung an allgemein bildenden Schulen“.

Dabei ist es erforderlich, dass Schulen Anregungen und Hilfestellungen erhalten, um aus vereinzelt Kontakten und Kooperationen mit Unternehmen heraus nachhaltige Partnerschaften aufzubauen, diese zu pflegen und weiterzuentwickeln. Ein wesentlicher Aspekt der Weiterentwicklung besteht darin, auf die jeweilige Situation von Schulen und Unternehmen einzugehen. Ausgehend von grundlegenden Formen der Zusammenarbeit entstehen durch nachhaltige Maßnahmen zur Qualitätsentwicklung systematische und verbindliche Bildungspartnerschaften.

## 4. Standards

Zum Aufbau, zur Sicherung und zur Weiterentwicklung von Bildungspartnerschaften sind Standards erforderlich. Dazu gehören:

- Die Zusammenarbeit ist langfristig angelegt.
- Die Zusammenarbeit beruht auf einer schriftlichen Grundlage in Form eines Kooperationsprotokolls, einer gemeinsamen Jahresplanung oder einer Kooperationsvereinbarung. Diese beinhaltet unter anderem Ansprechpartner, Ziele, Inhalte und geplante Aktivitäten.
- Es gibt feste Verantwortliche sowohl in Schule als auch im Unternehmen, die die Koordination und Gestaltung der Partnerschaft übernehmen.
- Die Partnerschaft ist möglichst breit in Schule und Unternehmen verankert.
- Die Projekte beziehen neben den Vorgaben des Bildungsplans, die individuellen Bedürfnisse der Schülerinnen und Schüler und die Anforderungen der regionalen Wirtschaft mit ein.
- Die Kooperationspartner treffen sich regelmäßig zur Reflektion und Weiterentwicklung ihrer Zusammenarbeit.
- Die Aktivitäten der Zusammenarbeit werden nach innen und außen transparent und nachvollziehbar gestaltet, dokumentiert und kommuniziert (Handbuch, Protokolle, Öffentlichkeitsarbeit, Infoveranstaltungen).

## 5. Realisierung

Die Partner der Vereinbarung verständigen sich darauf, dass beispielgebende Module und Projekte exemplarisch als Grundlage für den Aufbau und die Weiterentwicklung von Bildungspartnerschaften herangezogen werden.

Eine Koordinierungsgruppe der Partner tritt mindestens einmal jährlich zum Zwecke der Bilanzierung und der Überprüfung der Zielsetzungen zusammen. Sie entscheidet über grundlegende Fragen und die strategische Weiterentwicklung dieser Vereinbarung.

Über die regionale Ausrichtung der Bildungspartnerschaften verständigen sich die jeweiligen Partner vor Ort. Hier kommt den Schulleitungen, der Schulaufsicht, den Arbeitskreisen *SCHULEWIRTSCHAFT* und den bestehenden regionalen Strukturen der Verbände und Kammern der Wirtschaft eine tragende Rolle zu. Ziel ist eine passgenaue Unterstützung von Schulen und Unternehmen sowie die effiziente und abgestimmte Gestaltung der Zusammenarbeit. Dazu gehören die Vermittlung von Kontakten, die Zusammenführung von Schulen und Unternehmen sowie der Aufbau und die Weiterentwicklung von Bildungspartnerschaften.

Die Laufzeit der Vereinbarung beträgt drei Jahre und wird automatisch verlängert, wenn sie nicht bis zum September des Vorjahres von einem der Partner gekündigt wird.

Stuttgart, den 29. März 2012



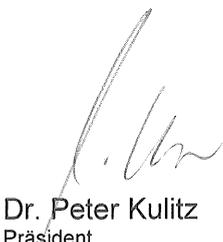
Winfried Kretschmann  
Ministerpräsident



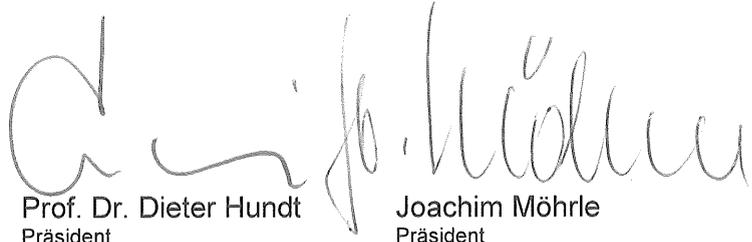
Dr. Nils Schmid  
Minister für Finanzen  
und Wirtschaft



Gabriele Warminski-Leitheußer  
Ministerin für Kultus, Jugend  
und Sport



Dr. Peter Kulitz  
Präsident  
Baden-Württembergischer  
Industrie- und Handelskammertag



Prof. Dr. Dieter Hundt  
Präsident  
Landesvereinigung  
Baden-Württembergischer  
Arbeitgeberverbände e.V.

Joachim Möhrle  
Präsident  
Baden-Württembergischer  
Handwerkstag